



Geschäfte des EFD 2016

4. Quartal

Bundesfinanzen

- **Zweite Hochrechnung:** Die in der letzten Hochrechnung festgestellte Entwicklung hin zu einer deutlichen Ergebnisverbesserung hat sich akzentuiert. Der Bund rechnet im ordentlichen Haushalt 2016 mit einem Überschuss von 2,2 Milliarden Franken. Grund dafür sind insbesondere die Vorauszahlungen bei der direkten Bundessteuer, die sich aufgrund der Negativzinsen dynamisch entwickeln. Ohne Sonderfaktoren würde der Haushalt ausgeglichen abschliessen. Budgetiert war ein Defizit von 0,5 Milliarden. (26.10.)
- **Finanzausgleich:** Der Bundesrat hat eine Teilrevision der Verordnung über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaV) gutgeheissen. Sie beinhaltet die Ausgleichszahlungen 2017, die den provisorischen Zahlen der Anhörung vom 23. Juni 2016 entsprechen. Insgesamt nehmen die Finanzausgleichszahlungen gegenüber dem Vorjahr um 55 Millionen zu und betragen fast 5 Milliarden Franken. (02.11.)
- **Gewinnausschüttung:** Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) und die Schweizerische Nationalbank (SNB) haben eine neue Vereinbarung über die Gewinnausschüttung der SNB für die Jahre 2016 bis 2020 unterzeichnet. Unter der Voraussetzung einer positiven Ausschüttungsreserve bezahlt die SNB künftig jährlich wie bisher 1 Milliarde Franken an Bund und Kantone. Neu werden ausgefallene Ausschüttungen in den Folgejahren kompensiert, wenn es die Ausschüttungsreserve zulässt. (10.11.)
- **Emmissionskalender:** Die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) plant, 2017 Anleihen im Umfang von nominell gut 4 Milliarden Franken zu emittieren. Unter Berücksichtigung der Fälligkeit reduziert sich der Anleihebestand um rund 1,6 Milliarden Franken. Sofern es die Entwicklung der Liquidität erlaubt, soll das Volumen ausstehender Geldmarktbuchforderungen (GMBF) gegen Ende Jahr wieder auf rund 10 Milliarden Franken erhöht werden. Die Anleiheauktionen finden ausser im August monatlich statt, die GMBF werden wöchentlich auktioniert. (06.12.)

Vom Bundesrat verabschiedete / angeordnete EFD-Botschaften

- **Vollgeld-Initiative:** Der Bundesrat hat die Botschaft zur Volksinitiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)» verabschiedet. Er empfiehlt, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Die Initiative fordert eine tiefgreifende Umgestaltung der heutigen Währungsordnung. Die Schweiz würde bei Annahme der Initiative zum Experimentierfall für unerprobte Reformen. Ihre Annahme würde die Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank erschweren, und die Risiken für die Schweizer Wirtschaft wären erheblich. (09.11.)
- **Finanzielle Sanktionen:** Unternehmen sollen finanzielle Sanktionen mit Strafzweck und Bestechungsgelder nicht von den Steuern abziehen können. Der Bundesrat hat

die Botschaft zum Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung finanzieller Sanktionen verabschiedet. Mit der Vorlage soll die Motion Luginbühl «steuerliche Abzugsfähigkeit von Bussen» (Mo. 14.3450) umgesetzt werden. (16.11.)

- **Austausch der länderbezogenen Berichterstattung:** Der Bundesrat hat die Botschaft zur multilateralen Vereinbarung über den Austausch länderbezogener Berichte und das für deren Umsetzung erforderliche Bundesgesetz verabschiedet. Ziel der Vorlage ist es, die Transparenz der Besteuerung multinationaler Konzerne zu verbessern und einen einheitlichen Rahmen für den Austausch der Berichte festzulegen. (23.11.)

Vom Bundesrat eröffnete Vernehmlassungen zu EFD-Geschäften

- **Frontex:** Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Übernahme und Umsetzung der EU-Verordnung über die neue europäische Grenz- und Küstenwache eröffnet. Diese bildet die Grundlage für einen erweiterten europäischen Aussengrenzschutz, der durch die Grenzschutzagentur Frontex und die nationalen Grenzschutzbehörden sichergestellt werden soll. (12.10.)
- **Fintech:** Ein dynamisches Fintech-System kann wesentlich zur Qualität des Schweizer Finanzplatzes beitragen und dessen Wettbewerbsfähigkeit stärken. Vor diesem Hintergrund hat sich der Bundesrat für Erleichterungen bei den regulatorischen Rahmenbedingungen für Anbieter von innovativen Finanztechnologien ausgesprochen. Die Erleichterungen sollen Markteintrittshürden für Anbieter im Fintech-Bereich verringern und die Rechtssicherheit für die Branche insgesamt erhöhen. Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) wurde beauftragt, eine entsprechende Vernehmlassungsvorlage auszuarbeiten. (02.11.)
- **Verrechnungssteuer:** Die Verrechnungssteuer soll künftig auch dann zurückerstattet werden, wenn in der Steuererklärung versehentlich nicht deklarierte Einkünfte nachträglich gemeldet werden. Dies allerdings nur bei noch nicht rechtskräftigen Veranlagungen. Der Bundesrat hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) beauftragt, eine entsprechende Vernehmlassungsvorlage zur Änderung des Verrechnungssteuergesetzes auszuarbeiten. (23.11.)
- **AIA:** Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) hat die Vernehmlassung zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs in Steuersachen (AIA) mit einer Serie von weiteren Ländern eröffnet. Der AIA mit diesen Ländern soll am 1. Januar 2018 in Kraft treten, so dass im Jahr 2019 ein erster Datenaustausch erfolgen kann. Die Vernehmlassung dauert bis zum 15. März 2017. (01.12.)
- **Mehrwertsteuerverordnung:** Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur revidierten Mehrwertsteuerverordnung eröffnet. Mit dieser Revision wird die Verordnung an das vom Parlament im September verabschiedete teilrevidierte Mehrwertsteuergesetz angepasst. Das revidierte MWST-Gesetz samt Verordnung soll am 1. Januar 2018 in Kraft treten. (21.12.)

Internationales

- **Treffen mit US-Finanzplatzakteuren in New York:** Im Vorfeld der Jahrestagung von IWF und Weltbank in Washington, D.C., traf sich Bundesrat Ueli Maurer in New York mit Akteuren der amerikanischen Finanzbranche. Bei den Gesprächen ging es unter anderem darum, aus erster Hand eine Einschätzung zum Finanzplatz New York zu erhalten und gegenüber den US-Branchenvertretern die Grundlagen der Schweizer Finanzmarktpolitik aufzuzeigen. (05.10.)
- **Jahrestagung von IWF und Weltbank:** Bundesrat Ueli Maurer als Schweizer Delegationsleiter und Thomas Jordan, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, nahmen vom 7. bis 9. Oktober 2016 an der gemeinsamen Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbankgruppe in Washington, D.C., teil. Sie vertraten die Schweiz auch an dem

- vorgängig stattfindenden Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20 vertreten. (09.10.)
- **Finanzflüsse aus Entwicklungsländern:** Der Bundesrat hat den Bericht „Unlautere und unrechtmässige Finanzflüsse aus Entwicklungsländern“ gutgeheissen. Der Bericht gibt eine Gesamtschau über Massnahmen zur Bekämpfung derartiger Finanzflüsse. Der Bundesrat ist sich der mit diesem Thema verbundenen Herausforderungen bewusst und weiterhin gewillt, Lösungen auf internationaler Ebene aktiv mitzugestalten. (12.10.)
 - **Besuch des slowakischen Finanzministers:** Finanzminister Ueli Maurer hat in Bern seinen slowakischen Amtskollegen Peter Kažimír empfangen. Inhalt der Gespräche waren ein Austausch zu der makroökonomischen Lage in Europa und den wichtigsten internationalen Finanz- und Steuerfragen. (19.10.)
 - **Mehrwertsteuer:** Der Bundesrat hat Bundesrat Simone Schönenberger von der Direktion für Völkerrecht des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) in die schweizerisch-liechtensteinische Gemischte Kommission betreffend Mehrwertsteuer gewählt. (19.10.)
 - **Finanzmarktpolitik:** Der Bundesrat hat einen Bericht verabschiedet, mit welchem er die Grundlagen für eine zukunftsfähige Finanzmarktpolitik legt. Fünf Stossrichtungen stehen im Vordergrund, die es dem Schweizer Finanzplatz ermöglichen sollen, seine Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die Rahmenbedingungen am Finanzstandort Schweiz sollen bestmöglich ausgestaltet und bestehende nationale Handlungsspielräume im Regulierungsbereich genutzt werden. Die Ausrichtung an global anerkannten Standards wird weiterhin ein zentraler Bestandteil der Politik sein. (20.10.)
 - **DBA mit Lettland:** Die Schweiz und Lettland haben in Riga ein Änderungsprotokoll zum Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen unterzeichnet. Es enthält eine Amtshilfeklausel gemäss aktuellem internationalem Standard zum Informationsaustausch auf Anfrage sowie mehrere Bestimmungen aus dem Projekt von OECD und G20 zur Bekämpfung von Gewinnverkürzung und -verlagerung (BEPS-Projekt). (03.11.)
 - **Treffen der Finanz- und Wirtschaftsminister von EFTA und EU:** Bundesrat Ueli Maurer hat am jährlichen Treffen der Finanz- und Wirtschaftsminister der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) und der Europäischen Union (EU) in Brüssel teilgenommen (Joint ECOFIN). Im Fokus stand die Investitionstätigkeit in Europa. (08.11.)
 - **Besuch des turkmenischen Finanzministers:** Bundesrat Ueli Maurer empfing den turkmenischen Finanzminister Muhammetguly Muhammedov zu einem Besuch in Bern. Die beiden Finanzminister unterzeichneten ein Memorandum of Understanding (MoU) zur technischen Zusammenarbeit im Finanzbereich. (08.11.)
 - **Quellensteuerabkommen mit Österreich:** Das Quellensteuerabkommen zwischen der Schweiz und Österreich wird per 1. Januar 2017 aufgehoben. Auf diesen Zeitpunkt tritt das Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) über den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen in Kraft. Die Schweiz und Österreich haben in Bern ein entsprechendes Abkommen unterzeichnet, um einen reibungslosen Übergang zwischen den beiden Modellen sicherzustellen. (11.11.)
 - **Quellensteuerabkommen mit dem Vereinigten Königreich:** Das Quellensteuerabkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich wird per 1. Januar 2017 aufgehoben. Auf diesen Zeitpunkt tritt das Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) über den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen in Kraft. Die Schweiz und das Vereinigte Königreich haben in London ein entsprechendes Abkommen unterzeichnet, um einen reibungslosen Übergang zwischen den beiden Modellen sicherzustellen. (14.11.)
 - **AIA mit Argentinien:** Die Schweiz und Argentinien haben eine gemeinsame Erklärung zur Einführung des gegenseitigen automatischen Informationsaustauschs

in Steuersachen (AIA) unterzeichnet. Die beiden Länder beabsichtigen, die Daten gemäss dem globalen AIA-Standard ab 2018 zu erheben und ab 2019 auszutauschen. Neben der Unterzeichnung des AIA durch Staatssekretär Jörg Gasser auf Schweizer Seite führten die beiden Länder auch Gespräche über die Rahmenbedingungen für Investitionen und den Marktzutritt für Finanzdienstleistungen sowie die Grundlagen der Schweizer Finanzmarktpolitik. (16.11.)

- **AIA mit Mexiko:** Die Schweiz hat mit Mexiko eine gemeinsame Erklärung zur Einführung des gegenseitigen automatischen Informationsaustauschs in Steuersachen (AIA) unterzeichnet. Die beiden Länder beabsichtigen, die Daten gemäss dem globalen AIA-Standard ab 2018 zu erheben und ab 2019 auszutauschen. (18.11.)
- **AIA mit Uruguay:** Die Schweiz hat mit Uruguay eine gemeinsame Erklärung zur Einführung des gegenseitigen automatischen Informationsaustauschs in Steuersachen (AIA) unterzeichnet. Die beiden Länder beabsichtigen, die Daten gemäss dem globalen AIA-Standard ab 2018 zu erheben und ab 2019 auszutauschen. (18.11.)
- **AIA mit Brasilien:** Die Schweiz und Brasilien haben eine gemeinsame Erklärung zur Einführung des gegenseitigen automatischen Informationsaustauschs in Steuersachen (AIA) unterzeichnet. Analog der Erklärung mit Argentinien beabsichtigen die beiden Länder, die Daten gemäss dem globalen AIA-Standard ab 2018 zu erheben und ab 2019 auszutauschen. Staatssekretär Jörg Gasser vom Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) traf sich in Brasilia mit Vertretern der brasilianischen Behörden. Dabei wurden auch Fragen des Marktzutrittes für Finanzdienstleister besprochen. (18.11.)
- **AIA mit Indien:** Die Schweiz und Indien haben eine gemeinsame Erklärung zur Einführung des gegenseitigen automatischen Informationsaustauschs in Steuersachen (AIA) unterzeichnet. Die beiden Länder beabsichtigen, die Daten gemäss dem globalen AIA-Standard ab 2018 zu erheben und ab 2019 auszutauschen. (22.11.)
- **Finanzdialog mit China:** In Genf fand die vierte Runde des im Jahr 2013 aufgenommenen Finanzdialoges zwischen der Schweiz und China statt. Im Vordergrund der Gespräche zwischen hochrangigen Vertretern der Finanzmarktbehörden und Zentralbanken der beiden Länder stand der weitere Ausbau der bilateralen Zusammenarbeit. Im Anschluss an den Finanzdialog fand zum dritten Mal der vom Privatsektor organisierte Chinese-Swiss Financial Round Table statt. (23.11.)
- **Ursprungsnachweise:** Der Bundesrat hat die Anpassung der Abkommen mit der Europäischen Union und mit Norwegen im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems genehmigt. Dies ebnet den Weg für die Einführung neuer Ursprungsnachweise im Warenverkehr mit den Entwicklungsländern ab 1. Januar 2017. (23.11.)
- **AIA mit Südafrika:** Die Schweiz hat mit Südafrika eine gemeinsame Erklärung zur Einführung des gegenseitigen automatischen Informationsaustauschs in Steuersachen (AIA) unterzeichnet. Die beiden Länder beabsichtigen, die Daten gemäss dem globalen AIA-Standard ab 2018 zu erheben und ab 2019 auszutauschen. (24.11.)
- **DBA mit Oman:** Das Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zwischen der Schweiz und Oman ist am 13. Oktober 2016 in Kraft getreten. Es enthält eine Bestimmung über den Informationsaustausch auf Anfrage nach dem international geltenden Standard. Das Abkommen wird zur positiven Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Oman beitragen. (25.11.)
- **DBA mit Liechtenstein:** Das Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zwischen der Schweiz und Liechtenstein wird am 22. Dezember 2016 in Kraft treten. Es enthält eine Bestimmung über den Informationsaustausch auf Anfrage nach dem

- international geltenden Standard. Das Abkommen wird zur Vertiefung der guten Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein beitragen. (25.11.)
- **AIA mit San Marino:** Die Schweiz und San Marino haben eine gemeinsame Erklärung zur Einführung des gegenseitigen automatischen Informationsaustauschs in Steuersachen (AIA) unterzeichnet. Die beiden Länder beabsichtigen, die Daten gemäss dem globalen AIA-Standard ab 2018 zu erheben und ab 2019 auszutauschen. (30.11.)
 - **AIA mit Israel:** Der Staatssekretär für internationale Finanzfragen Jörg Gasser hat auf seinem Arbeitsbesuch im Nahen Osten vom 28.-30. November seine Amtskollegen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und Saudi-Arabien sowie Vertreter der Aufsichtsbehörden und Zentralbanken dieser Länder getroffen. Im Vorfeld weilte Jörg Gasser zu einem Arbeitsbesuch in Israel, wo er eine gemeinsame Erklärung zur Einführung des gegenseitigen automatischen Informationsaustauschs in Steuersachen (AIA) zwischen der Schweiz und Israel unterzeichnete. Die beiden Länder beabsichtigen, die Daten gemäss dem globalen AIA-Standard ab 2018 zu erheben und ab 2019 auszutauschen. (01.12.)
 - **AIA mit Neuseeland:** Die Schweiz hat mit Neuseeland eine gemeinsame Erklärung zur Einführung des gegenseitigen automatischen Informationsaustauschs in Steuersachen (AIA) unterzeichnet. Die beiden Länder beabsichtigen, die Daten gemäss dem globalen AIA-Standard ab 2018 zu erheben und ab 2019 auszutauschen. (02.12.)
 - **AIA mit Chile:** Die Schweiz hat Ende November 2016 mit Chile eine gemeinsame Erklärung zur Einführung des gegenseitigen automatischen Informationsaustauschs in Steuersachen (AIA) unterzeichnet. Die beiden Länder beabsichtigen, die Daten gemäss dem globalen AIA-Standard ab 2018 zu erheben und ab 2019 auszutauschen. (06.12.)
 - **GAFI:** Die Groupe d'action financière (GAFI) hat den vierten Länderbericht zur Schweiz veröffentlicht. Die Schweiz schneidet insgesamt gut ab und erzielt ein überdurchschnittliches Ergebnis im Vergleich mit den bereits untersuchten Staaten. Die GAFI anerkennt die Qualität des schweizerischen Dispositivs zur Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung. Im Bericht werden eine Reihe von Empfehlungen zur Verbesserung der Schweizer Rechtsvorschriften und ihrer Umsetzung abgegeben. (07.12.)
 - **Besuch in Luxemburg:** Bundesrat Ueli Maurer weilte zu einem Arbeitsbesuch bei seinem luxemburgischen Amtskollegen Pierre Gramegna. (09.12.)
 - **Besuch bei Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble:** Bundesrat Ueli Maurer weilte zu einem Arbeitsbesuch bei seinem deutschen Amtskollegen Wolfgang Schäuble. Erörtert wurden beim Treffen bilaterale und internationale Finanz- und Steuerfragen. (13.12.)
 - **DBA mit Norwegen und Albanien:** Die Doppelbesteuerungsabkommen (DBA), welche die Schweiz mit Norwegen und Albanien abgeschlossen hat, sind in Kraft getreten. Die zwei DBA wurden mit einem Änderungsprotokoll aktualisiert. Sie fördern die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit diesen zwei Staaten. (22.12.)
 - **Steuerinformationsabkommen mit Belize und Grenada:** Die Steuerinformationsabkommen mit Belize und Grenada sind in Kraft getreten. Sie werden ab dem 1. Januar 2017 anwendbar sein. (23.12.)

Reformprojekte des Bundesrates

- **Unternehmenssteuerreform III:** Bundesrat Ueli Maurer hat an einer Medienkonferenz die Argumente des Bundesrates zugunsten einer Annahme der Unternehmenssteuerreform III dargelegt. Mit der Vorlage, über welche am 12. Februar 2017 abgestimmt wird, werden zum einen international nicht mehr akzeptierte Sonderregelungen für Statusgesellschaften im Unternehmenssteuerrecht abgeschafft. Gleichzeitig stellt die Reform neue steuerliche Massnahmen bereit, um

einen Wegzug der bisher privilegierten Unternehmen ins Ausland zu verhindern. Zudem wird den Kantonen der erforderliche finanzpolitische Spielraum verschafft, damit sie ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten können. (27.10.)

Wichtige Verordnungen

- **Bundespersonalverordnung:** Der Bundesrat hat die Bundespersonalverordnung angepasst, um diese mit dem neu ausgehandelten Sozialplan für die Bundesverwaltung zu harmonisieren. Damit wird sichergestellt, dass Mitarbeitende bei Umstrukturierungen und Reorganisationen in allen Fällen gleich behandelt werden. (12.10.)
- **Identitätsverwaltung.** Der Bundesrat hat die neue Verordnung über die Identitätsverwaltungs-Systeme und Verzeichnisdienste des Bundes (IAMV) verabschiedet. Diese bildet die rechtliche Grundlage für die Speicherung und die Übermittlung von Personendaten des Bundes und tritt am 1. Januar 2017 in Kraft. (19.10.)
- **AIA:** Der Bundesrat hat die Verordnung über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIAV) verabschiedet. Die Verordnung tritt am 1. Januar 2017 in Kraft. In der Vernehmlassung ist die Vorlage grossmehrheitlich auf Zustimmung gestossen. (23.11.)
- **Eigenmittelverordnung:** Der Bundesrat eine Änderung der Eigenmittelverordnung verabschiedet. Mit der Revision werden zwei Ergänzungen der internationalen Rahmenvereinbarung Basel III umgesetzt. Mit den Ergänzungen wird die Eigenmittelunterlegung bei Derivaten und bei im Bankenbuch gehaltenen Fondsanteilen risikosensitiver ausgestaltet. Die Neuerungen treten am 1. Januar 2017 in Kraft. (23.11.)
- **Elektronische Daten und Informationen:** Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) hat die Verordnung über elektronische Daten und Informationen angepasst. Die Anpassungen treten am 1. Januar 2017 in Kraft. (23.11.)
- **Steueramtshilfe:** Der Bundesrat hat die totalrevidierte Steueramtshilfeverordnung (StAhiV) verabschiedet und auf den 1. Januar 2017 in Kraft gesetzt. Die neue Verordnung definiert den Rahmen und die nötigen Verfahren für den spontanen Informationsaustausch, einschliesslich jene, die für Steuervorbescheide (sogenannte «Rulings») gelten. (23.11.)
- **Bundespersonalrecht:** Der Bundesrat hat eine Revision der Bundespersonalverordnung (BPV) gutgeheissen. Gleichzeitig hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) die Verordnung des EFD zur Bundespersonalverordnung (VBPV) revidiert. Die Änderungen in den beiden Verordnungen treten am 1. Januar 2017 in Kraft. (02.12.)

Weitere EFD-Geschäfte

- **E-Government:** Die Europäische Kommission hat den 13. E-Government-Statusbericht veröffentlicht. Die Schweiz schneidet in den gemessenen Hauptindikatoren besser ab als in den vergangenen Jahren. In den Bereichen der Online-Transparenz und der Basismodule verzeichnet sie einen Rückstand auf den Durchschnitt der untersuchten Länder. (03.10.)
- **Lohnleichheitsprüfung:** Bundesrat Ueli Maurer und die Spitzen der Personalverbände des Bundes haben eine Vereinbarung zur Überprüfung der Lohnleichheit in der Bundesverwaltung unterzeichnet. Bis 2019 werden sämtliche Löhne der Bundesverwaltung dahingehend überprüft, ob die Lohnleichheit von Frau und Mann eingehalten ist. Eine solche Überprüfung fand letztmals vor vier Jahren statt. (04.10.)
- **Alkoholpolitik:** Erstmals liegt ein fundierter Überblick über die Geschichte der Alkoholfrage, der Schweizer Alkoholpolitik und der Eidgenössischen

Alkoholverwaltung (EAV) vor. Das Buch «Rausch & Ordnung» bietet Hintergrundwissen zur Revision des Alkoholgesetzes und zur Auflösung der EAV. Eine digitale Quellenedition und rund 100 Laufmeter neu erschlossene Archivalien laden ein, sich mit den vielseitigen und oft verkannten Aspekten der Alkoholpolitik vertiefter auseinanderzusetzen. Die Buchvernissage fand am Hauptsitz der EAV in Bern statt. (06.10.)

- **Aussenhandel:** Zwischen Juli und September 2016 wuchsen die Exporte arbeitstagbereinigt um 8,1 % (real: + 2,8 %) und die Importe um 7,9 % (real: + 4,7 %). In beiden Verkehrsrichtungen dominierten die Chemisch-Pharmazeutischen Produkte die Entwicklung. So waren diese exportseitig für über 80 % des gesamten Mehrumsatzes verantwortlich. Der Überschuss in der Handelsbilanz überschritt erstmals in einem Quartal die 10 Milliarden-Franken-Marke. (20.10.)
- **Direkte Bundessteuer:** Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) hat entschieden, für das Kalenderjahr 2017 den Vergütungszins für vorzeitig entrichtete Beträge der direkten Bundessteuer auf null zu setzen. Damit reagiert das EFD auf das anhaltend tiefe Zinsniveau und die Negativzinsen. (21.10.)
- **Halbjahresbericht MELANI:** Der 23. Halbjahresbericht der Melde- und Analysestelle Informationssicherung (MELANI) zeigt die wichtigsten Cyber-Vorfälle der ersten Jahreshälfte 2016 national und international auf. Der Bericht widmet sich im Schwerpunktthema den vermehrten Angriffen durch Cyber-Erpressung. Ausserdem stehen verschiedene Datenabflüsse im Fokus. (28.10.)
- **E-Government-Scherpunktplan 2017-2019:** Der Steuerungsausschuss E-Government Schweiz hat an seiner Sitzung vom Umsetzungsstand der E-Government-Strategie von Bund, Kantonen und Gemeinden Kenntnis genommen und den Schwerpunktplan 2017-2019 verabschiedet. Ein besonderes Augenmerk legt er dabei auf Vote électronique. (28.10.)
- **Amtshilfe UBS-Frankreich:** Die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) zieht den Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts, mit dem der UBS im Amtshilfeverfahren mit Frankreich Parteistellung eingeräumt wird, nicht ans Bundesgericht weiter. (07.11.)
- **Keine generellen Lohnerhöhungen 2017:** Bundesrat Ueli Maurer hat die Personalverbände der Bundesverwaltung anlässlich ihrer Sitzung vom 7. November 2016 darüber informiert, dass die Mitarbeitenden der Bundesverwaltung 2017 keine Realloohnerhöhung und keinen Teuerungsausgleich erhalten werden. Die Sozialpartner haben zudem den neuen Sozialplan für die Bundesverwaltung unterzeichnet. (08.11.)
- **Revisionsaufsichtsbehörde:** Im Vorsorgereglement der Revisionsaufsichtsbehörde (RAB) wurden Änderungen vorgenommen, die der Bundesrat am 9. November 2016 genehmigt hat. (09.11.)
- **Schweizer Pass:** Der Bundesrat hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) beauftragt, einen zweiten Produktionsstandort zur Herstellung des Schweizer Passes aufzubauen. Hauptgrund für diesen Schritt ist die Gewährleistung der Liefersicherheit. (16.11.)
- **Vergütungen des obersten Kaders:** Der Bundesrat hat die Steuerungsmöglichkeiten im Bereich der Vergütung des obersten Kaders bundesnaher Unternehmen und Anstalten analysiert. Dabei hat er sich für eine Stärkung seiner Steuerungsmöglichkeiten ausgesprochen. (23.11.)
- **Verwaltungsgebäude Zollikofen:** Für ein zweites Verwaltungsgebäude auf dem Areal Meilen in Zollikofen hat das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) einen Gesamtleistungswettbewerb ausgeschrieben. Die eingereichten Projekte werden vom 26. November bis am 6. Dezember 2016 im Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT), am Eichenweg 1 in Zollikofen, ausgestellt. (25.11.)
- **Delegiertenversammlung PUBLICA:** Die Erneuerungswahl der 80 Mitglieder zählenden Delegiertenversammlung PUBLICA fand am 27. November 2016 statt und

wurde erstmals elektronisch durchgeführt. Gewählt wurde in 3 Wahlkreisen bei einer Wahlbeteiligung von 9,93 Prozent. Die erste wichtige Aufgabe der gewählten Delegierten wird die Wahl der 8 Personen sein, welche die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Kassenkommission PUBLICA (Amtsperiode 1. Juli 2017 – 30. Juni 2021) vertreten werden. (01.12.)

- **E-Vignette:** Der Bundesrat hat einen Bericht verabschiedet, in dem er den Wechsel von der Klebevignette zur elektronischen Erhebung der Nationalstrassenabgabe mittels «E-Vignette» empfiehlt. Die Abgabe soll nicht erhöht werden. (02.12.)
- **Tiefe Zinsen:** Der Bundesrat hat einen Bericht verabschiedet, der die Handlungsoptionen für die Schweiz im Umfeld der tiefen Zinsen und des starken Frankens auslotet. In Erfüllung des Postulats „Zukunftsperspektiven für die Schweiz“ von Ständerat Konrad Graber (15.3017) prüfte der Bundesrat insbesondere die Schaffung eines Staatsfonds sowie eine Ausweitung der Verschuldung. (21.12.)
- **Geldpolitik:** Der Bundesrat hat einen Bericht über die Geldpolitik gutgeheissen. Er erfüllt damit verschiedene Postulate, die im Anschluss an die Aufhebung des Euro-Mindestkurses vom Parlament überwiesen wurden. Der Bericht kommt zum Schluss, dass die Schweizerische Nationalbank mit den bestehenden Rechtsgrundlagen über eine zweckmässige Governance verfügt und ihr Mandat wirksam erfüllen kann. (21.12.)

Geschäfte des EFD in den eidgenössischen Räten

In der Wintersession verabschiedete Vorlagen

- **Bundesfinanzen:** Der Nationalrat will die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse nicht aufweichen. Mit einer Kommissionsmotion möchte er den Bundesrat beauftragen, eine Anpassung der bisherigen Regeln auf Gesetzesweg auszuschliessen. Der Entscheid in der grossen Kammer fiel mit 94 zu 86 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Eine Mehrheit aus SVP, FDP und BDP verhalf dem Vorstoss zum Erfolg. Der Bund soll aus ihrer Sicht weiterhin Schulden abbauen und nicht mehr Geld ausgeben. "Es wäre gefährlich, die Tür nur einen Spalt weit zu öffnen", sagte Albert Vitali (FDP/LU). Der Schritt zurück zur Schuldenwirtschaft der Neunzigerjahre sei nicht weit. Gegen die Motion sprachen sich die Vertreter von SP, Grünen, GLP und eine Mehrheit der CVP aus. Nun ist der Ständerat am Zug. (28.11.)
- **Bundesfinanzen:** Nach dem National- hat auch der Ständerat das vom Bundesrat beantragte zweite Paket von Nachtragskrediten für das laufende Jahr bewilligt. Dabei geht es um Gelder in Höhe von 131,5 Millionen Franken. Das führt zu einer Erhöhung der budgetierten Ausgaben um 0,2 Prozent. Die kleine Kammer nahm die Nachtragskredite mit 41 zu einer Stimme bei einer Enthaltung an. Der Nationalrat hatte ihnen mit 172 zu 19 Stimmen zugestimmt. Die zusätzlichen Mehrausgaben werden grösstenteils für die Sozialhilfe im Asylbereich eingesetzt. Eine weitere grössere Aufstockung ist für die Betriebsbeiträge des Bundes an die Fachhochschulen vorgesehen. (05.12.)
- **Bundesfinanzen:** Bei Rahmen- und Verpflichtungskrediten soll die Teuerung nur dann ausgeglichen werden, wenn sie auch tatsächlich anfällt. Der Ständerat hat eine entsprechende Motion mit 27 zu 10 Stimmen bei einer Enthaltung als Erstrat angenommen. Im heutigen System werde die Teuerung aufgrund von Annahmen berechnet und dann bezogen, auch wenn eine Teuerung in der Realität ausbleibe, kritisierte Motionär Josef Dittli (FDP/UR). Dies habe in den letzten Jahren bei verschiedenen mehrjährigen Finanzbeschlüssen zu hohen und ungerechtfertigten Mehrausgaben geführt. Deshalb dränge sich ein Systemwechsel für alle Rahmen- und Verpflichtungskredite auf. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat. (05.12.)

- **Steuern:** Der Ständerat hat sich gegen einen Systemwechsel bei der Familienbesteuerung ausgesprochen. Die kleine Kammer hat eine Standesinitiative des Kantons Neuenburg stillschweigend abgelehnt. Die Initiative hatte verlangt, dass die Familienbesteuerung besser an die verschiedenen Familienmodelle angepasst werde. Insbesondere sollte die ungleiche Besteuerung von Alimenten für minderjährige und volljährige Kinder beseitigt werden. Zudem sollten die Abzugsregelungen für verheiratete, unverheiratete und geschiedene Paare zu harmonisiert werden. Bei einer Gesetzesänderung müssten auch bisherige Scheidungskonventionen und viele Unterhaltsverpflichtungen angepasst werden. Das Geschäft geht an den Nationalrat. (05.12.)
- **Steuern:** Der Ständerat hat sich gegen eine Vereinfachung des Steuersystems ausgesprochen. Er hat eine entsprechende Standesinitiative mit 22 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft hatte mit seinem Begehren mehrere Anpassungen vorgeschlagen. Unter anderem sollte bei der Wohneigentumsbesteuerung der Eigenmietwert und gleichzeitig auch der Hypothekarzinsabzug abgeschafft werden. Zudem sollten die allgemeinen Abzugsmöglichkeiten aufgehoben werden. Das Ausfüllen der Steuererklärung und deren Kontrollen würden damit vereinfacht, so die Hoffnung. Das Geschäft geht an den Nationalrat. (05.12.)
- **Start-Ups:** Der Bund sucht zusammen mit den Kantonen nach Verbesserungsmöglichkeiten, um die Standortattraktivität für Start-ups in der Schweiz zu verbessern. Dies wiederholte Finanzminister Ueli Maurer im Rahmen einer Interpellation von Damian Müller (FDP/LU). Dieser stört sich an den teils sehr hohen Steuerbewertungen von Start-ups. Im Grundsatz respektiert der Bundesrat die Autonomie der Kantone, ihren Finanzbedarf zur Deckung ihrer Ausgaben selber bestimmen zu können. (05.12.)
- **Bundesfinanzen:** Doch kein Budget-Absturz im Nationalrat: Die grosse Kammer hat im zweiten Anlauf dem Voranschlag 2017 zugestimmt. Im Gegensatz zur SP revidierte die SVP ihre Meinung und enthielt sich der Stimme. Der Voranschlag geht nun wieder zurück an den Ständerat, der das Geschäft zum zweiten Mal beraten wird. (07.12.)
- **Informatik:** Der Nationalrat hat eine Motion zur Zentralisierung sämtlicher IT-Leistungserbringer in der Bundesverwaltung abgeschrieben. Der Bundesrat hatte die Abschreibung beantragt, unter anderem weil in der Zwischenzeit auf freiwilliger Basis schon weitgehende Zentralisierungen stattgefunden hätten. Das Thema sei mit der Abschreibung aber noch nicht vom Tisch, betonte die vorberatende Kommission des Nationalrats. Es gehe nicht nur um Fragen der Zentralität, sondern auch der Kompetenzen der Querschnittsämter. Die Vorlage geht an den Ständerat. (07.12.)
- **Bundesverwaltung:** Der Bundesrat will Topkader in der Bundesverwaltung besser überwachen, damit diese keine Ferienberge anhäufen. Neu soll ein jährliches Reporting über die jeweiligen Zeitguthaben eingeführt werden. Dieses Reporting soll die Departementsvorsteher und -vorsteherinnen bei der Steuerung der Zeitguthaben ihrer Topkader unterstützen, schreibt der Bundesrat in einer Antwort zur Fragestunde des Nationalrates. (12.12.)
- **Steuern:** Mit dem Referendum wollen die Gegner der Unternehmenssteuerreform III den Weg für eine günstigere Alternative freimachen. Diese könnte aber frühestens 2022 in Kraft treten. Das hielt Finanzminister Ueli Maurer in der schriftlichen Antwort auf zwei Fragen aus der Fragestunde des Nationalrats fest. Der Bundesrat würde bei einem Nein zwar rasch mit der Ausarbeitung einer neuen Vorlage beginnen. Komplexe Steuervorlagen benötigten bis zum Ablauf der Referendumsfrist aber bis zu fünf Jahren. Die Vorlage kommt am 12. Februar an die Urne. (12.12.)
- **Landwirtschaft:** Der Verkauf von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken soll doch nicht von der Bundessteuer befreit werden. Anders als der Nationalrat lehnt der Ständerat eine entsprechende Gesetzesänderung ab. Die kleine Kammer folgte mit 27 zu 12 Stimmen bei 3 Enthaltungen ihrer vorberatenden Kommission. Damit ist das Geschäft stark absturzgefährdet. Auch wenn der Nationalrat ein zweites Mal zustimmen

dürfte, sind die Mehrheiten im Ständerat so klar, dass er bei einer weiteren Beratung kaum auf seinen Entscheid zurückkommen wird. Verschiedene Ständeräte verwiesen auf das Gebot der Rechtsgleichheit. Selbständige Landwirte und andere Selbständigerwerbende mit Grundstücken in der Bauzone sollten gleich behandelt werden. Mit der Gesetzesänderung würden aber Bauern bevorzugt. (12.12.)

- **Steuerabkommen:** Der Ständerat hat als Zweitrat der Einführung des automatischen Informationsaustauschs (AIA) mit weiteren Staaten und Territorien zugestimmt. Er genehmigte die Abkommen mit Island, Norwegen, Guernsey, Jersey, der Insel Man, Japan, Kanada und der Republik Korea ohne Gegenstimmen. Finanzminister Ueli Maurer stellte fest, inzwischen hätten sich 101 Staaten und Territorien zum AIA bekannt. Die Schweiz verhandle derzeit mit gegen 60 Staaten über den AIA. Für die Wirtschaft sei es wichtig, dass die Schweiz mit den internationalen Standards konform sei. (12.12.)
- **Immobilien:** Das Parlament hat 179,8 Millionen Franken für zivile Bundesbauten genehmigt. Mit dem Geld will der Bund unter anderem das Asylzentrum Boudry NE erweitern, Dienstwohnungen für das Grenzwachtkorps bauen und ein Hochsicherheitslabor sanieren. Nach dem Ständerat hiess auch der Nationalrat die Botschaft über die Immobilien des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) für das Jahr 2016 gut - mit 175 zu 14 Stimmen. Für den Ausbau des Bundesasylzentrums Boudry ist ein Gesamtkredit von 27,8 Millionen Franken vorgesehen. Davon sind 22,6 Millionen Franken für zwei Neubauten zur Unterbringung von Asylsuchenden reserviert. 5,2 Millionen Franken kostet die Zumiete von zusätzlichen Bürogebäuden. Daneben hiess das Parlament einen Gesamtkredit von 152 Millionen Franken für verschiedene Vorhaben gut. (13.12.)
- **Tabak:** Der Nationalrat will dem Bundesrat nicht die Kompetenz geben, die Tabaksteuer weiter zu erhöhen. Das hat er bei der Beratung des Tabaksteuergesetz beschlossen. Der Bundesrat hatte die Kompetenz für Steuererhöhungen selber nicht beantragt, nachdem der Vorschlag in der Vernehmlassung auf Kritik gestossen war. Die Revision beschränkt sich damit auf die Anpassung des Vollzugs innerhalb der Zollverwaltung und die steuerliche Gleichstellung von Tabak für Wasserpfeifen und Feinschnitttabak. Die Vorlage geht nun an den Ständerat. (14.12.)
- **Steuern:** Der Nationalrat nimmt einen weiteren Anlauf zur Abschaffung der Heiratsstrafe. Er hat eine Motion von Ständerat Pirmin Bischof (CVP/SO) mit 96 zu 89 Stimmen an den Bundesrat überwiesen. Basis für die künftige Steuerberechnung soll gemäss Motion die gemeinsame Besteuerung sein. Explizit erwähnt im Vorstoss sind Splitting- und Teilsplittingmodelle und die vom Bundesrat ins Spiel gebrachte alternative Besteuerung. Der Bundesrat muss nun eine entsprechende Gesetzesrevision vorlegen. Besiegelt ist das Ende der steuerlichen Benachteiligung gewisser Ehepaare damit aber noch nicht. Denn der Entscheid für ein neues Steuersystem ist umstritten. (14.12.)
- **Finanzmarkt:** Der Anlegerschutz und die Aufsicht über die Finanzdienstleister sollen neu geregelt werden. Der Ständerat hat als Erstrat zwei Gesetze gutgeheissen, die nach der Finanzkrise entworfen worden waren. Von den ursprünglichen Plänen ist allerdings nicht viel übrig geblieben. Der Ständerat folgte in den meisten Punkten seiner Kommission, die sich gegen einen starken Ausbau des Anlegerschutzes entschieden hatte. In einem Punkt setzte sich jedoch der Vorschlag des Bundesrates durch. Enthält das Basisinformationsblatt oder der Prospekt zu einem Finanzprodukt unrichtige, irreführende oder widerrechtliche Informationen und wird der Kunde dadurch geschädigt, soll die Beweislast künftig bei der Bank liegen: Sie muss beweisen, dass sie keine Schuld trifft. (14.12.)
- **Steuern:** Der Ständerat ist gegen eine Steueramnestie mit Ermässigungen bei den Nachsteuern. Er hat eine Motion aus dem Nationalrat stillschweigend abgelehnt. Damit ist das Anliegen vom Tisch. Schon in der Ständeratskommission war das Anliegen chancenlos. Die deutliche Mehrheit hielt fest, das geltende Recht ermögliche bereits eine straflose Selbstanzeige. "Ermässigungen bei den Nachsteuern würden nur den unehrlichen Steuerpflichtigen zugutekommen", sagte Präsident Martin Schmid

- (FDP/GR). Zudem bräuchte es dafür eine Übergangsbestimmung in der Verfassung. Der Bundesrat lehnte die Motion ebenfalls ab. Er sieht keinen Handlungsbedarf. (14.12.)
- **Bauten:** Energetisch begründete Ersatzneubauten sollen steuerlich nicht gleich behandelt werden wie energiesparende Sanierungen an bestehenden Gebäuden. Der Ständerat hat eine Motion des zurückgetretenen Grünen-Nationalrats Alec von Graffenried (BE) oppositionslos verworfen. Diese ist damit erledigt. Schon im Rahmen der Energiestrategie 2050 habe die kleine Kammer einer weniger weit gehenden Lösung nur ungern zugestimmt, sagte Kommissionspräsident Werner Luginbühl (BDP/BE). Demnach können Steuerabzüge für Gebäudesanierungen neu über drei nachfolgende Steuerperioden verteilt werden. Zudem können bei Ersatzneubauten die Kosten für den Rückbau des alten Gebäudes abgezogen werden. Der Ständerat ist der Überzeugung, dem Anliegen sei damit genug Rechnung getragen worden. (14.12.)
 - **Grenze:** Das Grenzwachtkorps (GWK) erhält nicht 100 zusätzliche Stellen. Der Ständerat hat eine Motion aus dem Nationalrat abgelehnt. Der Vorstoss ist damit erledigt. Die vorberatende Ständeratskommission war nach Gesprächen mit dem Chef des GWK zum Schluss gekommen, eine Aufstockung sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht nötig, wie Isidor Baumann (CVP/UR) ausführte. Das Grenzwachtkorps sei in der Lage, seine Aufgaben zu bewältigen. Baumann verwies auf die bereits bewilligten Mittel für insgesamt 48 zusätzliche Stellen sowie die Sparbeschlüsse des Parlaments im Rahmen der Budgetberatungen und des Stabilisierungsprogramms. (14.12.)
 - **Finanzkontrolle:** Der Direktor der Finanzkontrolle soll mehr Kompetenzen erhalten und besser über Prüfungen informieren. Der Ständerat hat Änderungen des Finanzkontrollgesetzes einstimmig gutgeheissen. Das Hauptziel ist ein besserer Informationsaustausch zwischen Finanzkontrolle, Departementen, Bundesrat und weiteren Akteuren. Das Parlament hatte die Änderungen nach dem Debakel um das Informatikprojekt INSIEME gefordert. Das Geschäft geht an den Nationalrat. (14.12.)
 - **Beschaffungen:** Der Bundesrat muss einen Bericht vorlegen zur Vergabe von Ingenieur- und Planungsleistungen. Der Ständerat hat ein entsprechendes Postulat von Olivier Français (FDP/VD) angenommen, im Einverständnis mit dem Bundesrat. Er will wissen, zu welchen Stundenansätzen Bundesstellen solche Leistungen vergeben. Der Bundesrat soll zudem mit Blick auf die geplante Revision des Gesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen darlegen, welche Kriterien er als geeignet betrachtet, um Dumpingangebote identifizieren zu können. Die aktuelle Tiefpreispolitik sei ein Problem, befand die Mehrheit im Rat. (14.12.)
 - **Bundesfinanzen:** Der Nationalrat hat sich nach hitzigen Debatten beim Bundesbudget 2017 fast auf der ganzen Linie durchgesetzt. Die sparwillige bürgerliche Allianz liess zum Schluss ihre Muskeln spielen und strich bei der Bundesverwaltung 128 Millionen Franken querbeet. Der finanzpolitische Schulterschluss zwischen SVP, FDP und BDP funktionierte. Am Schluss der fast dreiwöchigen Debatten lehnte die grosse Kammer die Kompromissvorschläge der Einigungskonferenz ab - mit 105 zu 84 Stimmen bei 5 Enthaltungen. Das bedeutet, dass bei den verbliebenen sieben Differenzen jeweils die Position jener Kammer obsiegte, die den kleineren Betrag budgetiert hatte. (15.12.)
 - **Bundesfinanzen:** Der Bund darf die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer vorerst bis ins Jahr 2020 erheben. Der Nationalrat hat einer Verlängerung um weitere 15 Jahre bis 2035 zugestimmt. Mehrere Redner betonten die grosse Bedeutung dieser beiden Einnahmequellen für den Bund. Sie machen mehr als 60 Prozent der gesamten Bundeseinnahmen aus. Die Einnahmen belaufen sich auf über 42 Milliarden Franken pro Jahr. Der Rat stimmte der Finanzordnung 2021 schliesslich mit 178 zu 9 Stimmen zu. (15.12.)
 - **Bundesfinanzen:** Das Stellenetat für das Grenzwachtkorps soll mittelfristig nicht erhöht werden. Die beiden Kammern sind sich im Rahmen der Budgetdebatte bei diesem Posten nicht einig geworden. Gleichzeitig mit dem Voranschlag 2017 berieten National- und Ständerat den Finanzplan für die Jahre 2018-2020. Eine Mehrheit der grossen Kammer wollte darin verankern, das Globalbudget der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) zu erhöhen und das Grenzwachtkorps bis Mitte 2022 um 36 Vollzeitstellen

aufzustocken. Die kleine Kammer lehnte dies bis zum Schluss ab. Damit ist die Sache vom Tisch. (15.12.)

- **Steuern:** Der Bundesrat schlägt neue Regeln zur Besteuerung von Maklerprovisionen vor. Der Nationalrat ist damit einverstanden und hat einer Revision des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG) oppositionslos zugestimmt. Künftig sollen Steuern auf Gewinnen aus Grundstücksverkäufen immer am Wohnort des Maklers beziehungsweise am Sitz der Maklerfirma erhoben werden. Am Grundstücksort sollen die Steuern nur noch für jene Makler erhoben werden, die keinen Wohn- oder Geschäftssitz in der Schweiz haben. Nach dem Ja des Nationalrats entscheidet nun noch der Ständerat über die Vorlage. (15.12.)
- **Erdbeben:** Der Nationalrat will keine obligatorische Erdbebenversicherung in der Schweiz einführen. Er hat eine Standesinitiative des Kantons Basel-Stadt mit 101 zu 81 Stimmen bei fünf Enthaltungen abgelehnt. Damit ist diese vom Tisch. Kantonale und private Versicherungen böten schon heute eine Deckung von Erdbebenschäden an Gebäuden an, betonte eine Ratsmehrheit. (15.12.)
- **Bankgeheimnis:** Das Parlament hat bis am 25. März 2018 Zeit, die Volksinitiative "Ja zum Schutz der Privatsphäre" und den direkten Gegenentwurf zu behandeln. Der Ständerat hat einer Fristverlängerung zugestimmt. Die Behandlungsfrist würde am 25. März 2017 ablaufen. Das Parlament kann die Frist jedoch um ein Jahr verlängern, wenn ein Rat einen Gegenvorschlag beschliesst. Das hat der Nationalrat bei der Bankgeheimnisinitiative getan. (15.12.)
- **Quellenbesteuerung des Erwerbseinkommens:** Mit 191 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen (Nationalrat) und 43 zu 0 Stimmen (Ständerat) genehmigten die Eidgenössischen Räte in den Schlussabstimmungen das Bundesgesetz über die Revision der Quellenbesteuerung des Erwerbseinkommens. (16.12.)
- **Steuerinformationsabkommen mit Brasilien:** In den Schlussabstimmungen hiessen Nationalrat (mit 125 zu 72 Stimmen) und Ständerat (mit 41 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen) den Bundesbeschluss über die Genehmigung des Steuerinformationsabkommens mit Brasilien gut. (16.12.)
- **Zollabkommen mit Norwegen:** Die eidgenössischen Räte hiessen in den Schlussabstimmungen mit 198 zu 0 Stimmen (Nationalrat) und 43 zu 0 Stimmen (Ständerat) den Bundesbeschluss über die Genehmigung des Zollabkommens mit Norwegen gut, mit dem Handelshürden abgebaut werden. (16.12.)